

adalbertus-werk e. v.

bildungswerk der danziger katholiken

adalbertus-jugend

katholische jugend aus danziger familien

47. Gementreffen 1993: "Nationalismus - Gefahr für Europa?"

Gemen 1993: - Mitarbeit am Bau des Europäischen Hauses -



Wenn Sie diesen Gemenbericht in Händen halten, sind seit dem 47. Gementreffen, das vom 7. bis 12. Juli 1993 stattfand, schon wieder fünf Monate vergangen. In der Juli-August-Ausgabe des Heimatbriefes der Danziger Katholiken hatten Sie jedoch schon Gelegenheit einen Überblick über die Fülle der Veranstaltungen und die Atmosphäre des Treffens zu gewinnen. Vielleicht nehmen Sie diesen noch einmal zur Hand, ehe Sie diese Sonderausgabe lesen, in der nun die Einzelberichte über die Veranstaltungen folgen sollen. Auch wenn es wieder aus Platz- und Kostengründen nur inhaltliche Zusammenfassungen sein können, so erhalten Sie doch einen guten detaillierten Einblick in die geistige Arbeit, die auch bei diesem Treffen geleistet wurde. Alle Berichte - bis auf den letzten - sind übrigens in diesem Jahr zum ersten Mal von der nachwachsenden Generation der der Adalbertus-Jugend entwichenen und sich nun im Adalbertus-Werk engagierenden "Endzwanziger" geschrieben worden, ein hoffnungsvolles Zeichen für die Kontinuität unserer Arbeit.

Und noch ein weiteres sollten Sie vielleicht in Hinblick auf dieses Gementreffen im Auge behalten: Adalbertus-Werk und Adalbertus-Jugend - einschließlich der gemeinsamen Vorgängerorganisation "Gemeinschaft der Danziger Katholischen Jugend" - sind seit 1947 konsequent einen Weg gegangen, der den Dialog mit den ostmitteleuropäischen Völkern, insbesondere mit Polen, suchte. Beglückend durften wir schon bei den letzten drei Treffen nach der "Wende" erfahren, daß sich die jahrzehntelange Mühe gelohnt hat: der Dialog mit Polen ist auf breiter Basis in Gang gekommen, ca. 20 Gäste aus Polen waren 1992 und auch diesmal unter uns. In diesem Jahr ist es jedoch noch einen wichtigen Schritt weitergegangen: unser Gementreffen ist - wie

mir ein Teilnehmer kürzlich schrieb - "zu einem Begegnungsort nicht nur für die Teilnehmer, sondern auch für die Referenten geworden", und zwar solcher aus verschiedenen osteuropäischen Ländern, die hier die Chance hatten, sowohl mit uns als auch untereinander ins Gespräch zu kommen. So gab es diesmal - insbesondere beim Podiumsgespräch, aber auch bei den anderen Veranstaltungen und bis hinein in die privaten Begegnungen in den Pausen und an den Abenden - einen mehrfachen multilateralen grenzübergreifenden Dialog. Wie sehr dieser für die Zukunft Europas - besonders für die Überwindung des Nationalismus - notwendig ist, wurde in dem Referat von Adam Kzemiński in der Festlichen Stunde sehr deutlich, aus dem Sie am Schluß dieses Berichtes gewichtige Auszüge lesen können.

Als wir in Gemen auseinander gingen, haben sich besonders unsere ausländischen Gäste für diese ihnen bei uns gebotene Chance der Begegnung und des Gesprächs bedankt und ihrer Bewunderung darüber Ausdruck gegeben, daß eine so kleine Gemeinschaft wie die unsrige so etwas leisten könne. In der Tat können wir wohl ein wenig stolz darauf sein, denn im Gesamtspektrum der Aktivitäten von Vertriebenengemeinschaften - so wird uns auch immer wieder von außen versichert - gibt es kaum Vergleichbares. Andererseits ergibt sich daraus auch die Verpflichtung, den einmal eingeschlagenen Weg beherzt weiterzugehen und nicht nachzulassen, mit unseren bescheidenen Mitteln am Brückenbau zwischen Ost und West - und damit auch am Bau des gesamten Europäischen Hauses - mitzuarbeiten. Das 47. Gementreffen war hierzu sicher ein gewichtiger Beitrag.

Gerhard Nitschke

Das Festreferat finden Sie unter: Broschüren „Wahrheit und Zeugnis“

Aufbrechender Nationalismus in Ostmitteleuropa - historische Ursachen

Ref.: Prof. Dr. Manfred Alexander, Erfstadt

"Der janusköpfige Nationalismus"

Als Auftakt zu unserem weit gespannten thematischen Bogen des 47. Gementreffen erwartete uns ein Referat des Kölner Osteuropa-Historikers Prof. Manfred Alexander zu den historischen Ursachen des heute aufbrechenden Nationalismus in Ostmitteleuropa.

Zum Einstieg definierte Alexander den Begriff "Nation", indem er einerseits auf die Möglichkeit der Sprachnation hinwies (die aber z. B. eigene Minderheiten im Auslang mit inzwischen fremder Sprache ausschließen würde) und andererseits die Form der Staatsnation erläuterte, zu deren politischer Form man sich subjektiv bekennen könne und dadurch zugehörig werde.

Die Staatsnation beinhaltet die Suche einer Nation nach gemeinsamen Werten und einer gemeinsamen Ausdrucksform, was sich in Deutschland z. B. in dem Begriff "Verfassungspatriotismus" niederschlägt.

Der Nationalstaat berge dagegen die Gefahr der Ausgrenzung, denn Staatsgebiet und Sprachgebiet sollten deckungsgleich sein. In der historischen Form des dynastischen Staates zähle hingegen nur die Loyalität, also weder Sprache noch Abstammung.

In einem zweiten Teil des Referates illustrierte Prof. Alexander die Verschiedenartigkeit der nationalen und staatlichen Entwicklungen in Ostmitteleuropa an zahlreichen Beispielen.

So habe Böhmen, das im 19. Jahrhundert unter der dynastischen Verwaltung des Habsburger Bundes stand und von deutschen Beamten verwaltet wurde, trotzdem seine tschechische Tradition erhalten.

Polen habe sich bis in die 3. Teilung hinein als Nation verstanden. Hier drückte sich der Versuch einer politisch verfaßten Gesellschaft durch die politische Dominanz des Adels aus - quasi eine Adelsnation. Nur eine kleine Schicht der Gesellschaft entschied weitgehend über die Nation.

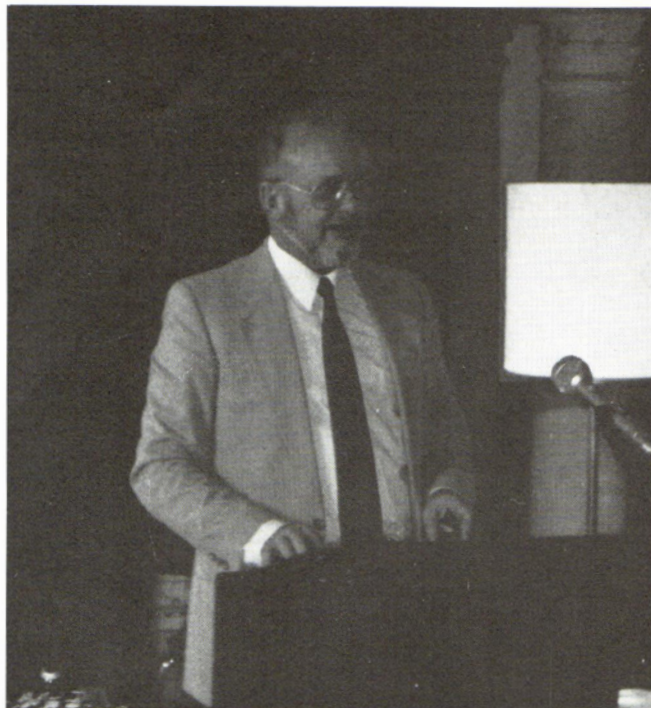
Zu nationalen Schwierigkeiten kommt es nach Ansicht Prof. Alexanders besonders dann, wenn Menschen verschiedener Sprache und verschiedener Herkunft in Territorien stark gemischt sind. Genau diese Situation könne man in Ostmitteleuropa vorfinden, so daß hier eine Ursache für nationalistischen Auseinandersetzungen liege.

In den alten dynastischen Staatsformen spielte die nationale Zugehörigkeit kaum eine Rolle. Aber mit dem gestiegenen nationalen Bewußtsein des 19. Jahrhunderts stieg bereits das Konfliktpotential, das aus verschiedenen nationalen Anforderungen resultierte und auch bis heute noch Wirkungen zeigt.

Im Zuge des entstehenden Selbstbestimmungsrechtes der Völker nach dem Ersten Weltkrieg, das Präsident Wilson propagierte, suchten die betroffenen Nationen in ihrer Geschichte nach historischen Grenzen, die sie nun wieder einfordern könnten. So besann sich Polen auf die Grenzen von 1772 - und begann um sie zu kämpfen. Böhmen ging in das 11. Jahrhundert zurück, in die Zeit bevor die Habsburger die Vorherrschaft in ihrer Region übernahmen.

In der Zeit des Kommunismus wurden nationale Ressentiments gegenüber den "Bruderstaaten" zwangsweise eingefroren, die nun mit umso größerer Sprengkraft wieder hervorbereiten, wie nicht nur im ehemaligen Jugoslawien zu beobachten ist.

Allerdings müßte man gerade im Falle Jugoslawien zu einer neuen Definition von Nation kommen, denn das klassische nationale Merkmal - die Sprache, ist hier nicht



Prof. Dr. Manfred Alexander.

mehr das Ausschlaggebende, sondern es kämpfen Angehörige verschiedener Religionen gegeneinander.

In einem abschließenden Resümee versuchte Prof. Alexander die negativen Auswüchse des Nationalismus differenziert zu betrachten. Die Gefahr des Nationalismus sei, beanspruchte nationalistisch begründete Rechte mit Gewalt durchzusetzen, oder andere Privilegien auszuklamern, die das nationale Merkmal nicht haben.

Wichtig ist hierbei auch, wie z. B. Regierungspolitik durch den nationalistischen Schleier einer benachteiligten Minderheit wahrgenommen wird. Gab es Repressionen wirklich, oder waren sie nur eingebildet? Das Spektrum der Reaktion ist groß und reicht vom Streit in der Demokratie bis zum Bürgerkrieg, wie es heute tagtäglich in den verschiedenen Konfliktorten zu sehen ist.

Der zentrale Erklärungsansatz Prof. Alexanders war, daß der Nationalstaatsgedanke der Tradition (gemischter Siedlungsgebiete) Ostmitteleuropas engengestanden hat und sie sogar gesprengt hat.

Deshalb sehen wir heute eine nationalstaatliche Entwicklung in den GUS-Staaten und im Baltikum, die Ähnlichkeiten zu der Situation vor und während des ersten Weltkrieges aufweist.

Das Fazit Alexanders war, daß wir heute in Ostmitteleuropa mitansehen können, was im Westen schon längst Wirklichkeit geworden ist: den Beginn oder die Vollendung einer Nationalstaatsentwicklung. Leider zeigt sich der Januskopf des Nationalismus hierbei häufig von der negativen, der gewalttätigen Seite.

Andrea Gawrich

Das Zerschlagen des sowjetischen Staates und seine Folgen

I. Am Beispiel: Baltische Staaten

Ref.: Prof. Dr. Jonas Kilius, Wilna

Der Donnerstag Nachmittag des diesjährigen Gementreffens stand im Zeichen der Nationalismusproblematik im Machtbereich der ehemaligen Sowjetunion. Zum Thema "Das Zerschlagen des sowjetischen Staates und seine Folgen am Beispiel des Baltikums und der Ukraine" sprachen Prof. Dr. Jonas Kilius aus Wilna und Dr. Dmytro Zlepko aus Freising. Kilius widmete sich natürlich vor allem der litauischen Problematik, bezog jedoch auch Lettland und Estland in seine Überlegungen mit ein, da viele Gegebenheiten für das gesamte Baltikum gelten. Kilius konstatierte das Vorhandensein eines litauischen Nationalismus, wies jedoch darauf hin, daß eine differenzierte Betrachtung des Phänomens erfolgen müsse. Um die Ursachen des litauischen Nationalismus zu verdeutlichen und gleichzeitig seine heutigen Ausprägungen verständlicher zu machen, wurden in diesem Referat umfassend die Hintergründe seiner Entstehung aufgezeichnet.

Hauptgrund für die Bildung einer starken litauischen - aber auch, wie im zweiten Referat deutlich wurde, ukrainischen Nationalbewegung - war die repressive Politik des russischen Staates, die sich als roter Faden durch die Geschichte beider Völker zieht. Ausgehend von der dritten polnischen Teilung 1795, bei der Litauen an Rußland fiel, legte Kilius die Entwicklung des Nationalismus dar. Die Litauer waren am großen polnischen Aufstand 1863 beteiligt und wurden nach dessen Niederschlagung, durch den vom Zaren neuernannten Generalgouverneur Murav'ev brutalen Russifizierungsmaßnahmen - wie etwa Sprachverbot in Schulen, Bücherverbot oder Verbannung nach Sibirien - unterworfen. In dieser Zwangslage entstand zum ersten Mal die Notwendigkeit, sich bewußt für die Nation einzusetzen, um sie erhalten zu können. Beispielsweise entstanden illegale "Notschulen", die im Untergrund arbeiteten. Das Bücherverbot wurde teilweise umgangen, indem litauische Bücher in Ostpreußen, vor allem in Tilsit, gedruckt und über die Grenzen geschmuggelt wurden.

Nachdem sich in der Zwischenkriegszeit in einem eigenen litauischen Staat das gesellschaftliche und kulturelle Leben entfalten konnte, setzte mit dem zweiten Weltkrieg erneut die Repression ein. Nach Einmarsch der Roten Armee in Litauen und auch nach Beendigung des Krieges wurden viele Litauer unter härtesten Bedingungen nach Sibirien deportiert. Erst 1988 konnte das Schicksal dieser Menschen öffentlich besprochen werden, was viele Litauer erneut veranlaßte, das System zu bekämpfen.

Nach Beendigung des Krieges wurde die Russifizierung fortgesetzt. Die Einwanderung von Russen ins Baltikum wurde vorangetrieben und eine russische Durchsetzung strategisch wichtiger Institutionen wie Telefonzentralen, Flughäfen, Bahnhöfen aber auch der Ministerien und der Verwaltung vorgenommen. Amts- und Schulsprache war natürlich Russisch. Lehrpläne wurden nur nach russischen Interessen ausgerichtet, der Unterricht war ideologisiert und so wurde beispielsweise die litauische Geschichte kaum behandelt. Ziel war es, das nationale Bewußtsein der Litauer zu unterdrücken oder besser noch, völlig auszulöschen.

In dieser Hinsicht ist auch ein Wirtschaftsaspekt interessant. In Litauen wurden häufig Betriebe gebaut, die für die litauische Wirtschaft nicht notwendig waren und für die es vor Ort auch keine Fachleute gab. Rußland konnte sich so offiziell in die Rolle des Helfers manövrieren und unter diesem Vorwand viele russische Arbeitskräfte in das Land holen. Viele Russen kamen auch freiwillig, da die Lebensbedingungen besser waren und sie bei der Arbeitsplatzvergabe bevorzugt wurden.

Das litauische Volk fühlte sich also durch Jahrhundertelange Repressionen in verschiedenen Bereichen ständig in

seiner Existenz bedroht. Diese Atmosphäre bildet den Hintergrund für die Entstehung einer starken Nationalbewegung und ihres Kampfes um die Unabhängigkeit. Kilius stellte fest, daß sich im Volk schon in der Phase nach 1863 eine gewisse Immunität entwickelt habe, die bis heute wirksam sei. Gerade diese geschichtliche Erfahrung habe dabei geholfen, auch die kommunistische Ideologie, die eine bloße Fortsetzung der früheren russischen imperialistischen Politik war, besser zu durchschauen und zu bekämpfen.

Im folgenden wurde die aus litauischer Position beobachtete Rezeption des Nationalismus im westlichen Ausland aber auch in Rußland zusammengefaßt. Kilius wies darauf hin, daß die nationale Befreiungsbewegung der letzten Jahre im Westen als "spontane Erhebung" gesehen wird, was er jedoch für falsch hielt. Er legte dar, daß es auch schon im Nachkriegslitauen einen fast zehnjährigen bewaffneten Partisanenkampf gab, der von der russischen Armee niedergeschlagen wurde. Es existiert also eine Kontinuität des Widerstands, in der sich nur die Formen gewandelt haben. Der bewaffnete Widerstand gegen die sowjetische Übermacht war erfolglos und so wandte sich das Volk dem gewaltlosen Widerstand zu, der zur ersehnten Unabhängigkeit führte. Kilius bezeichnete den litauischen Nationalismus als Emanzipationsnationalismus, da es vorrangig galt, unter einer fremden Macht die nationale Identität zu behaupten und zu bewahren.

Auch die russische Seite konnte den Weg Litauens aus ihrer Position natürlich nicht positiv beurteilen. Sie hat zur Legendenbildung beigetragen, da Gorbatschow die litauische Demokratie nicht anerkannte, und sie statt dessen als Orgie des Nationalismus bezeichnete. Kilius hielt das nicht für gerechtfertigt, da das Volk während des Kampfes genug moralische und politische Reife bewiesen habe.

Kilius honorierte diese Stärke und Disziplin. Er wies jedoch auf das stellenweise Aufbrechen eines Nationalismus mit negativen Folgen hin, der sich in einfachen ideologischen Kategorien bewegt, also nur antikommunistisch und pro-nationalistisch ist. Dadurch kommt es zu Abgrenzungen, die dem Land heute viele Entwicklungschancen verschließen. Beispielsweise sind einige neue Wirtschaftsgesetze so konzipiert, daß Ausländer kein Recht erhalten, Grundstücke zu kaufen, sondern nur für 99 Jahre pachten kön-



Prof. Dr. Jonas Kilius, Wilna

nen. So werden ausländische Investoren abgeschreckt, obwohl Investitionen benötigt werden.

Kilius gesteht zu, daß auch im Umgang mit der polnischen Minderheit Fehler begangen wurden, die den Litauern wiederum den - durchaus verständlichen - Vorwurf nationalistischen Handelns einbrachten. Es wurde ein Sprachgesetz erlassen, demzufolge jeder polnische Beamte die litauische Sprache innerhalb von zwei Jahren erlernen sollte. Da sich dies jedoch als unrealistisch erwies, wurde der Zeitraum ausgedehnt.

Abschließend bemerkte Kilius, daß der nationale Gedanke für den Kampf um die Freiheit sehr wichtig war, aber daß nun, nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit, der Blick nach außen gerichtet werden muß. Litauen muß sich auf verschiedene Ebenen um gute Kontakte zu den Nachbarvölkern bemühen. Auch der europäische Gedanke sollte dabei eine Rolle spielen. Zwar ist gerade diese Dimension für viele Litauer noch nicht greifbar, aber Kilius vertraut darauf, daß die Litauer ebenso wie die Letten und Esten wegen ihrer Orientierung zum Westen, ihrer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit schnell an Europa angebunden werden können.



Dr. Dmytro Zlepko

II. Am Beispiel: Ukraine **Ref.: Dr. Dmytro Zlepko, Freising**

Dr. Dmytro Zlepko wandte sich im zweiten Teil dieser Arbeitseinheit der Problematik des Nationalismus in der Ukraine zu. Die Ukraine erlangte erst im jüngsten Abschnitt ihrer bisher tausendjährigen Geschichte mit der Unabhängigkeitserklärung vom 24.08.1991 eine eigene Staatlichkeit. Die Ukrainer waren immer einem fremden Staat untergeordnet, hatten also nie die Möglichkeit, ihr gesellschaftliches und kulturelles Leben frei zu entfalten. Im Bezug auf den Nationalismus bedeutet dies, daß eine staatenlose Ideologie existierte und staatenlose Nationalisten als ihre Träger fungierten.

Ein Blick in die Geschichte verdeutlichte die Situation. Die Ostukrainer standen seit dem 17. Jahrhundert unter russischer Herrschaft und waren so zunehmend einer Russifizierung ausgesetzt. Auch die westliche Ukraine gelangte, nach einem etwa hundertjährigen Zwischenspiel unter österreichisch-ungarischer Regentschaft, 1795 durch die dritte polnische Teilung in russische Hände. Die oktroyierten Systeme trugen dazu bei, einen Prozeß der Nationalisierung in Gang zu setzen. Eine wichtige Persönlichkeit war in diesem Zusammenhang der Leibeigene T. Schewtschenko (1814-61). Er war Schriftsteller und Sozialkritiker und gilt als Erwecker und Propagandist des ukrainischen Nationalgefühls. Über seine Werke, die an Herder anknüpften, vollzog sich der Übergang vom Ethnos zur Nation.

Bedeutsam war, daß Schewtschenko die Volkssprache benutzte. Die Sprache ist eines der wichtigsten Kriterien für das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Nation. So setzte die Unterdrückung der Ukrainer seitens der Russen auch an diesem Punkt an. Beispielsweise unterlagen Bücher und Zeitschriften in ukrainischer Sprache ab 1863 einem Druckverbot und durften erst ab 1905 wieder erscheinen. Der Russifizierungsprozeß verstärkte sich kontinuierlich, da die Ukraine 1921 zur Sowjetrepublik gemacht wurde. Die Ukrainer versuchten sich in den Befreiungskriegen von 1918-22 zu emanzipieren, mußten jedoch letztendlich eine Niederlage hinnehmen. Da der Nationalstaat nicht geschaffen werden konnte, wurde er weiterhin idealisiert. Der nationale Gedanke kumulierte schließlich 1922 in der Gründung der politischen "Organisation der ukrainischen Nationalisten", die weiterhin die Errichtung eines

Nationalstaates anstrebte, was den russisch-ukrainischen Gegensatz noch verstärkte.

Der Kirche kommt als Hauptträgerin der ukrainischen Nationalbewegung eine besondere Rolle zu. Sie fungierte schon seit Zusammenschluß des Zarenreiches als autokephale, also unabhängige Nationalkirche. Da dies aber die höchste Ausdrucksform des Nationalismus darstellte, wurde die Kirche 1930 aufgelöst und verfolgt. Unter deutscher Besatzung bestand kurzzeitig eine autokephale und zusätzlich eine autonome Kirche. Nach Kriegsende wurde die Nationalkirche durch die Lemberger Synode 1946 vernichtet. Die ukrainische Kirche behielt jedoch einen gewissen Sonderstatus, da sie einen eigenen Oberhirten erhielt, der für die gesamte Ukraine zuständig war. Nation und Kirche waren also wieder in enge Verbindung gebracht worden. Diese Verbindung erwies sich auch als fest und dauerhaft, denn die Kirche war in der Nachkriegszeit - trotz der vormaligen Doppelexistenz - ein festes Element im Leben des Volkes. Mit dem Millennium 1988 fand sie ihre Position wieder und wurde europaweit anerkannt. Heute haben die ukrainische Orthodoxie und auch der Katholizismus ihren Platz im religiösen Leben, während die russische Orthodoxie keine Rolle spielt.

Zur Zeit existieren in der Ukraine verschiedene Formen von Nationalismus wie beispielsweise ein militanter Extremnationalismus oder ein primär ukrainischer Militarismus. Der Nationalismus gilt heute - ähnlich wie das litauische Beispiel schon zeigte - vielen als Handlungsmaxime für den Aufbau der Ukraine.

In der abschließenden Diskussion wurde der Stellenwert des Nationalismus für die Ukraine und Litauen noch einmal erörtert. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich alle neugebildeten und schon bestehenden osteuropäischen Staaten von der russischen Vorherrschaft gelöst haben und wirtschaftlich sowie politisch nun eigene Wege gehen wollen. Dabei sind bisher schon viele Fehler begangen worden. Ein sich immer wiederholender Fehler ist die nun häufig praktizierte Abschaffung aller russischen Systeme, Prinzipien und Institutionen. Dabei wird nicht etwa auf eine möglichen Übernahme oder Verwertbarkeit geachtet, sondern generell alles, was vom Okkupanten initiiert wurde, abgelehnt. In Litauen hatte dies bisher den Zerfall der ehemals sehr starken, exportorientierten Landwirtschaft durch den Abbau der bestehenden Strukturen wie Farmen und Kolchosen zur Folge. Auch die Politik hat noch viele

Anfangsschwierigkeiten zu überwinden. Das Parteiensystem konnte sich in noch keinem Land etablieren und festigen. In der Ukraine sind zur Zeit sechzehn verschiedene Parteien zugelassen, zusätzlich existiert die Volksfront Ruch. Die Programme ähneln sich, sie sind antikomunistisch, auf Ökologie und Wirtschaft ausgerichtet. Noch ist keine politische Kultur vorhanden, sodaß es sehr

schwer fällt, politische Konzepte und Lösungen zu erarbeiten. Litauen und die Ukraine müssen also noch viele Hindernisse überwinden, um letztendlich zu einer gefestigten Demokratie und einer stabilisierten Wirtschaft zu gelangen.

Claudia Gawrich

Vaterland - Nation - Nationalismus

Zeugnisse in Musik und Dichtung

Abendveranstaltung, gestaltet von Viola Nitschke und Norbert Czerwinski

Besonders seit der Romantik haben Dichter immer wieder danach gefragt, wie das Land ist, aus dem sie kommen. Dabei ging es um historische Vergewisserung und um Utopie, kam die Liebe zum und das Leiden am Vaterland zur Sprache. Dichtung kann ausdrücken, was jenseits der rational-logischen Welt liegt, sie schafft Bilder, prägt ein Selbstverständnis und vermittelt historische Auffassungen. Sie kann anstacheln und entlarven. Ein breiter Reigen von Beispielen unterschiedlicher Epochen und Gattungen aus der europäischen Literatur wurden am Donnerstagabend präsentiert, um die Facetten des Themas zu beleuchten. Beginnend mit Walther von der Vogelweide über Adam Mickiewicz zu Annette von Droste-Hülshoff wurde im ersten Teil gezeigt, daß der Blick von außen, der Vergleich mit anderen, aber auch die Abgrenzung zum bedrohlich empfundenen Fremden immer wieder aufscheinen. Auch in der Biographie gerade der sogenannten "Nationaldichter" sind Phasen des Exils oder ausländische Herkunft auffällig.

Wichtige Begriffe und Bilder patriotischer bzw. nationalistischer Dichtung sind Heimat und Volk, Blut und Boden, Acker und Pflug, Saat und Frucht. Oft tauchen familiäre Begriffe auf (Vaterland, Muttersprache, verlorene Söhne), wird von Einheit und Reinheit, von Schicksal, Harmonie und Natürlichkeit gesprochen. Auch die Verbindung von Nationalbewußtsein und Freiheit ist ein immer wiederkehrendes Motiv, wenngleich in sehr unterschiedlicher Weise verstanden. In allen europäischen Literaturen finden wir den Rückgriff auf historische Bezüge. In jedem Land wird das jeweilige "Goldene Zeitalter" besungen, die "Zeit der großen Not" beklagt. Dahinter steckt immer auch die Suche nach dem Authentischen und Spezifischen, nach dem allseits und allzeitigen Wahren. Daraus werden nationales

Wesen und nationale Aufgabe abgeleitet und gerechtfertigt, bis hin zur Erhöhung über die Anderen. Somit hat Literatur auch immer eine politische Funktion. Sie schafft und straft die Wir-Bildung, mobilisiert für die "nationale Aufgabe" - in der Geschichte leider allzu oft ein Krieg - und brandmarkt die sogenannten "Vaterlandsfeinde".

Dabei hatte so mancher Text eine Wirkung entfaltet, die sein Autor nicht beabsichtigte. Entweder weil sich die Zeiten, und damit das Verständnis für Bilder usw., geändert haben, oder weil sie mißbraucht wurden. Autoren haben auch gerne Bezug genommen auf bekannte Texte früherer Dichter. Als Beispiel wurde das "andere Wintermärchen" von Wolf Biermann genannt, das sich an Heinrich Heines Vorbild anlehnt. Viele Bilder sind heute entheiligt, verstaubt, unverständlich. So überwiegen auch heute Skepsis und Sensibilität für die Komplexität des Nationalbewußtseins gegenüber den oft vereinfachenden Mythisierungen in der Vergangenheit. Nationale Identität wird heute stärker als früher in Verbindung gesetzt mit demokratischer Freiheit und kultureller Vielfalt bis hin zu pluraler Ethnizität.

Neben dem literarischen Überblick gab es immer wieder musikalische Beispiele, von Haczewski, Smetana, Kodaly, Paderewski und anderen. In der Musik kommt stärker die Liebe zum als das Leiden am Vaterland zum Ausdruck. Komponisten haben aber oft auch ihre Bewunderung für andere Nationen in Musik zu fassen verstanden. Auch die Musik wurde zu nationalistischen Zwecken mißbraucht oder instrumentalisiert, wenngleich in einem schwächeren Maße als das geschriebene Wort. Es scheint, als wenn die Musik eher dazu geeignet ist, sowohl die Liebe zur Heimat als auch gleichzeitig die Bewunderung für das Andere auszudrücken.

Norbert Czerwinski



Abendveranstaltung.

Deutschland - Zwei Wintermärchen

Wolf Biermann

*Im deutschen Dezember floß die Spree
Von Ost- nach Westberlin
Da schwamm ich mit der Eisenbahn
Hoch über die Mauer hin*

*Da schwebte ich leicht über Drahtverhau
Und über die Bluthunde hin
Das ging mir so seltsam ins Gemüt
Und bitter auch durch den Sinn*

*Das ging mir so bitter ins Herz
- da unten, die treuen Genossen -
So mancher, der diesen gleichen Weg
Zu Fuß ging, wurde erschossen*

*Manch einer warf sein junges Fleisch
In Drahtverhau und Minenfeld
Durchlöchert läuft der Eimer aus
Wenn die MP von hinten bellt*

*Nicht jeder ist so gut gebaut
Wie der Franzose Franz Villon
Der kam in dem bekannten Lied
Mit Rotweinflecken davon*

*Ich dachte auch kurz an meinen Cousin
Den frechen Heinrich Heine
Der kam von Frankreich über die Grenz
Beim alten Vater Rheine*

*Ich mußte auch denken, was allerhand
In gut hundert Jahren passiert ist
Daß Deutschland inzwischen glorreich geeint
Und nun schon wieder halbiert ist.*

"Revision" der Neuordnung von 1918 und 1945

I. Am Beispiel: Tschechoslowakei

Ref.: Jan Sokol, Prag

Am Vormittag des zweiten Studientages standen die Länder der ehemaligen Habsburgermonarchie, die Tschechoslowakei und Ungarn, im Mittelpunkt. In beiden Ländern wird eine "Revision" der Neuordnungen nach den Weltkriegen diskutiert. In der Tschechoslowakei führte es zur Auflösung des gemeinsamen Staates. Der erste Referent, Jan Sokol, selbst Tscheche, engagierte sich in der Charta-77 und war nach der samtenen Revolution im Parlament. Er ist jetzt Philosophieprofessor in Prag.

Er bezog sich in seinem Referat auf das Verständnis von Nation im Sinne Prof. Alexanders: Nation als ein Bereich verdichteter menschlicher Kommunikation, der nach Institutionalisierung strebt. Sie ist nichts Naturgegebenes oder von selbst Entstehendes sondern eine menschliche Leistung. Seine These zum Zerfall der Tschechoslowakei lautet, daß diese nicht an einem "guten" oder "schlechten" Nationalismus zugrunde gegangen sei, sondern am mangelnden Interesse der Völker an ihrem Weiterbestand, ähnlich wie beim Zerfall des Habsburgerreiches. Der Hauptfehler war die romantische Auffassung, daß Nation etwas Natürliches sei, um das man sich nicht kümmern müsse.

Die Bildung der Tschechoslowakei 1918 war eine Möglichkeit, die die Geschichte geboten hatte und die kühn ergriffen wurde. Dies war für die Tschechen günstig, für die Slowaken weniger und für die Deutschen anfangs ein Schlag. Doch gab es keine Alternative dazu. Die Lösung der Deutschen, einen deutsch-böhmischen Staat zu gründen, war nicht gangbar. Der tschechoslowakische Staat sei also etwa künstliches gewesen sei, das sich aber erstaunlich gut gehalten habe. Es sei ein gelungener Versuch gewesen, eine Bürgergesellschaft zu gründen. Das Ansehen des Staates bei seinen Bürgern und auch im Ausland, bedingt durch eine vorsichtige Außenpolitik, war groß. 1938 stellt für ihn sozusagen die Achillesferse dar: "Die Bürger sahen in der Republik so etwas wie eine GmbH. Wir leben ganz gut, aber wenn es zuviel kostet, dann nicht." Benes habe diese Haltung der Mehrheit richtig einge-



Jan Sokol, Prag.

schätzt. Bei der Spaltung 1938/1939 war nur eine Minderheit am gemeinsamen Staat interessiert.

Nach 1945 sah die Mehrheit den Staat wieder als etwas Gegebenes an. Daher rührt für Jan Sokol "eine passive, faule Haltung" gegenüber dem kommunistischen Umschwung 1948. In der Vertreibung der Deutschen sieht er eine Kurzsichtigkeit, gegen die sich öffentlich zu äußern sich nur wenige trauten. Seit 1945 gab es immer wieder Autonomieverlangen der Slowaken. Eine Autonomie wurde 1945 gewährt, aber wegen mangelnden Erfolges der KP wieder suspendiert. Im Prager Frühling wurde erneut eine Autonomie vereinbart, die aber nach der August 1968 wiederum außer Kraft gesetzt wurde. Die Frage 1989 lautete: Soll an 1968 angeknüpft werden? Der slowakische Politik war das zu wenig. Die katholische Hierarchie in der Slowakei war stark an der Teilung interessiert. In

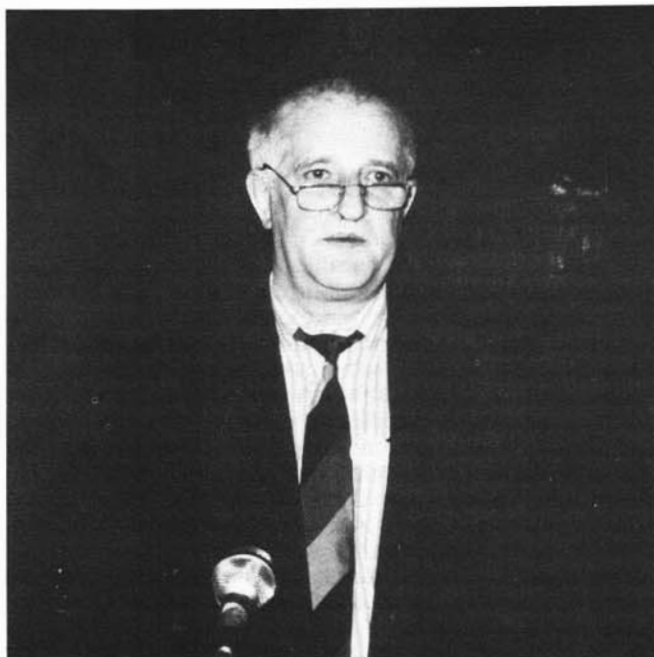
Tschechien gab es Politiker, die sagten "Laßt sie", weil sie einschätzten, daß die Mehrheit kein Interesse hat, den gemeinsamen Staat zu retten.

Das Ergebnis der Entwicklung heißt zwar, daß jeder für sich ist, dafür wird aber auch nicht mehr über den anderen geschimpft. Jetzt muß aufgepaßt werden, daß aus der Teilung keine schlimmeren Schäden passieren. Ein langfristiger Schaden ist wahrscheinlich eine Destabilisierung der Region. Gefahren sieht Jan Sokol jetzt vor allem in einem wachsenden Egoismus in der Gesellschaft, der zu Fremdenangst und Isolationismus führt. Abkapselungstendenzen müssen überwunden werden. Sokol war überrascht, wie schnell sich die Tschechen in die europäische Gemütswelt eingefunden haben, z. B. die derzeitige Ernüchterung, Protektionismus, Fremdenfeindlichkeit. In dieser Beziehung ist Tschechien auf "europäisches Niveau". Dies ist für ihn Anlaß zur Sorge. Die Chance der Teilung liegt darin, daß beide Teile nun eine homogenere Gesellschaft und damit bessere Bedingungen für die Schaffung eines Nationalstaates haben. Zwei Belehrungen sieht der Referent: 1. Wer ein überzeugter Europäer ist, soll wissen, daß Europa eine Art Nation ist, die man aufbauen und in die man Arbeit investieren muß. 2. Europa muß eine Nation, also ein Bereich verdichteter Kommunikation werden.

II. Am Beispiel: Ungarn Ref.: Dr. Gyula Jozsa, Köln

Der zweite Referent, Dr. Gyula Jozsa, ist gebürtiger Ungar und lebt in Köln. Er verwies auf die Bedeutung des Systemzusammenbruchs, den es immer zu bedenken gelte, wolle man die nationalen Konflikte verstehen. Denn zuerst verfiel das kommunistische System und dann erst das sowjetische Imperium. Er stellte einige Thesen zum Systemzerfall auf, die als Schema für den Zusammenbruch eines jeden osteuropäischen Landes gelten könnten. 1. Der Nationalsozialismus als eine Variante des Totalitarismus sei von außen, der Realsozialismus von innen zerstört worden. Im Gegensatz zum Ende der NS-Herrschaft gab es dabei keine Katharsis. Stattdessen gebe es Hysterie wegen "Wachstumsschwierigkeiten". 2. Der "geschichtsphilosophische Sinn des Wunders von 1989" läßt sich für Gyula Jozsa nur religiös verstehen im Lichte der Geschichte Babels. 3. Das totalitäre System habe uns täuschen können, die wirtschaftliche Katastrophe werde erst jetzt deutlich. 4. Westliche Vorstellungen vom "posttotalitären" Charakter des real existierenden Sozialismus hätten sich als Irrlehren erwiesen, so z. B. auch der Glaube, es gebe in Ungarn eine stillschweigende Übereinstimmung zwischen Volk und Führung.

Das realsozialistische System beschrieb der Referent als totalitär und politbürokratisch, was sich aus dem Primat der Politik und der Führungsrolle der Partei, sprich des Apparates ergebe. Das System wies seiner Meinung nach drei mörderische und für das System auch selbstmörderische Disfunktionen auf: Erstens eine Überbürokratisierung. Die Intention, alles kontrollieren zu wollen, führte zu einem Kompetenzwirrwarr mit dem Effekt, daß faktisch immer weniger kontrolliert werden konnte. Zweitens eine Mißwirtschaft, die sich aus der Vorrangstellung der Politik ergab und enorme Disproportionen wegen falscher Prioritätensetzung erzeugte. Drittens ein Informationsdefizit, das u.a. dadurch entstand, daß die Wirtschaftsleute geradezu dazu zwang, die wirtschaftlichen Daten zu fälschen und somit auch niemand exakt wußte, wie es im Lande aussieht. In dieser mangelnden Kommunikationsfähigkeit sah der Referent eine Parallele zur Geschichte vom Sprachwirrwarr in Babel. Zum Nationalbewußtsein merkte er an, daß dies aus ideologischen Gründen unterdrückt bzw. verboten



Dr. Gyula Jozsa.

wurde. So herrschte die Auffassung, daß nationale Spannungen automatisch in der sozialistischen Entwicklung gelöst würden.

Zu Ungarn selbst führte der Referent nur knapp aus, daß im 19. Jahrhundert auf die rumänische und die slawische Minderheit starker Assimilationsdruck ausgeübt wurde, während sich nach dem ersten Weltkrieg drei bis vier Millionen Ungarn im Ausland, nämlich im vergrößerten Rumänien und der neugeschaffenen Tschechoslowakei, wiederfanden. In der Zwischenkriegszeit war deshalb die Revision der Verträge von Trianon Hauptziel ungarischer Politik. Nach 1945 war Ungarn als letzter Verbündeter Hitlers wiederum "schuldige Nation". Das Ziel jetziger Neuorientierung benannte der Referent mit einem "gesunden, guten Nationalbewußtsein". Als größte Herausforderung bezeichnete er das Problem der Auslandsungarn, die nach den Russen in Europa die größte Minderheit außerhalb ihres Mutterlandes seien. Allerdings werde jetzt von den meisten nicht mehr an eine Grenzrevision gedacht, sondern die Priorität offener Grenzen und Minderheitenschutz formuliert. Mit der Ukraine ist bereits ein Vertrag abgeschlossen worden, mit der Slowakei gibt es Probleme, die aber auch im Rahmen des Europarates erörtert werden. Schwierig ist besonders das Verhältnis zu Rumänien, da dort, so der Referent, die ungarische Minderheit stark unterdrückt wird.

In der Diskussion wurde bezweifelt, ob in Ungarn der Wunsch nach Grenzrevision tatsächlich so zurückgegangen sein. Gyula Jozsa mußte dann auch einräumen, daß sich nur eine kleine Partei bisher bereit erklärt habe, die Grenzen mit Rumänien zu garantieren und auch der Vertrag mit der Ukraine von nicht wenigen abgelehnt wurde. Theo Mechtenberg merkte an, daß alle neuen bzw. neu-souveränen Staaten Ostmitteleuropas in die europäischen Gremien drängen und deshalb bereit seien, Minderheitenstandards zu gewähren. Das sei aber zuwenig. Durch die Verlagerung solcher Konflikte in den Europarat u.ä. kommen diese aber in das westeuropäische Bewußtsein. Dmytro Zlepko wies darauf hin, daß die Ukraine auf eine föderale europäische Lösung setzt, weil dort Minderheitenfragen akzeptabler gelöst werden könnten. Er warnte davor, die Minderheiten gegeneinander aufzurechnen, da dies zu einer Entwicklung führe ähnlich wie der zu Ende der dreißiger Jahre.

Norbert Czerwinski

Der westeuropäische Einigungsprozeß und die daraus resultierenden Probleme

I. Am Beispiel: Deutschland

Ref.: Dr. Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

"Wir stehen, so scheint es, mitten in einer europäischen Krise, auch wenn es in Westeuropa weiterhin an Bewußtsein mangelt, dieser Krise wirkungsvoll zu begegnen." Die Gefahren dieser Krise liegen nach Mechtenbergs Auffassung nicht nur in den Problemen, die die Auflösung des ehemaligen "Ostblocks" mit sich gebracht hat, sondern vor allem in der westeuropäischen Perspektivenverengung und Lähmung, mit der man diesen Problemen begegnet. "Es fehlt die klare Einsicht, daß wir zum dritten Mal in diesem Jahrhundert vor der Aufgabe einer Neuordnung Europas stehen." Dieser Aufgabe scheint auch die deutsche Politik im Moment nicht gewachsen zu sein.

"Wir stehen in Gefahr, durch die eigenen Probleme so absorbiert zu werden, daß sich unser politischer Horizont zunehmend verengt."

Der enge Zusammenhang zwischen der deutschen Einheit und dem Ende der Spaltung Europas scheint in den Hintergrund gerückt zu sein. Das liegt wohl auch an der Schnelligkeit, mit der die Entwicklung in Deutschland vor sich geht. "Der Prozeß der Einheit Deutschlands erhielt eine so nicht voraussehbare Beschleunigung, der gesamteuropäische Einigungsprozeß wird dagegen - vorausgesetzt er kommt überhaupt zu einem guten Ende - Jahrzehnte in Anspruch nehmen." Diese Dynamik und die Hilflosigkeit, mit der man ihr gegenübersteht, wirft Fragen auf, wie die Deutschen mit sich selbst fertig werden und wie sie ihren Platz in Europa sehen. Anhand von drei Problemkreisen befaßte sich Mechtenberg mit diesen Fragen.

1. Westeuropäische Integration und deutsches Nationalbewußtsein

Ein nationaler "Identitätsverlust" vieler Deutscher war die fast zwangsläufige Folge von Nationalsozialismus, Krieg und der sich anschließenden Entstehung zweier deutscher Staaten. In der alten Bundesrepublik wurde dieser Identitätsverlust " .. gleichsam europäisch kompensiert...", und das umso leichter, weil der westeuropäische Einigungspro-

zeß den Wirtschaftsaufschwung und demokratische Erneuerung ermöglichte. "Der Preis für die Westintegration war der zeitweise Verzicht auf die Wiedervereinigung, die zwar als Staatsziel festgeschrieben war, doch nicht unter Aufgabe der Westbindung angestrebt wurde." Nur auf dieser Grundlage ist " ... das Konstrukt eines Verfassungspatriotismus..." und "...eine teilweise Verdrängung der nationalen Frage..." zu verstehen, die mit der deutschen Einheit auf die Tagesordnung zurückgekehrt ist.

2. Die Konsequenzen der "Wende":

Das, was sich bisher gegenseitig ausschloß, ist durch die sog. Wende möglich geworden. "Die Rechnung scheint aufgegangen, daß der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands nicht gegen, sondern über die europäische Integration verläuft."

Ängsten unserer Nachbarn in Ost und West vor einem übermächtigen Großdeutschland ist die Bundesrepublik mit einem verstärkten Engagement auf ein vereintes Europa hin begegnet. Unzweifelhaft macht sich jedoch in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern Unbehagen breit, werden Proteste dagegen laut, allzuviel Souveränität abzugeben. "Solche Regungen sind noch kein europafeindlicher Nationalismus...", aber trotzdem glaubt Mechtenberg, daß auch bei uns " ... eine Stimmungslage entstehen könnte, in der die einstige Europabegeisterung in Ablehnung umschlägt." Für ihn stellt sich die Frage: "Sind wir in der Lage, sowohl die Probleme innerdeutscher Einheit zu lösen als auch unsere Rolle im vereinten Europa wahrzunehmen?"

3. Droht ein neuer Nationalismus?

Die oben genannten Schwierigkeiten und Irritationen "...sind für sich genommen noch keine Anzeichen eines Nationalismus." In Deutschland kommen aber gefährliche Faktoren hinzu: "eine verbreitete Orientierungs- und Sinnkrise; eine immer schon latent vorhandene, nun zunehmend manifest werdende Fremdenfeindlichkeit; eine aus dem Versagen der Politik resultierende Politikverdrossenheit; die Neigung, komplizierte Probleme auf einfache und radikale Weise lösen zu wollen; eine in diesem Zusammenhang zu beobachtende Zunahme an Gewaltbereitschaft." Die Orientierungskrise wird besonders in den neuen Bundesländern deutlich, wo der "...Zusammenbruch des Sozialismus...ein durch das frühere System verdecktes Sinnvakuum offengelegt hat." Wo zu dieser Irritation soziales Elend, Arbeitslosigkeit und damit das Gefühl der Minderwertigkeit hinzukommt, dauert es nicht lange, bis die Suche nach den Sündenböcken beginnt. Die stellen zunehmend die in Deutschland lebenden Ausländer dar. An der offen zu Tage tretenden Fremdenfeindlichkeit hat auch das Versagen der Politik seinen Anteil.

"Sicher sind die Toten von Solingen keine direkte Folge des Versagens der Politik, aber die endlos sich hinziehende Asyldebatte hat wohl das ihre dazu beigetragen, daß in der Bundesrepublik ein ausländerfeindliches Klima entstehen konnte, das die Schandtaten rechtsextremer Gewalttäter möglich machte, wobei die nationalistische Gesinnung eine Scheinlegitimation lieferte." Angesichts dieser Tatsachen droht die politische Gefahr vor allem von rechts. Und sie sollte in der Bundesrepublik nicht durch den Hinweis auf nationalistische Tendenzen bei unseren europäischen Nachbarn relativiert werden. "Die besondere Gefahr eines deutschen Nationalismus liegt darin, daß er auf



Diskussion mit Dr. Pawda und Dr. Mechtenberg,
Moderator Stephan Erb.

ein nationalsozialistisches Erbe zurückgreift und damit eine Ideologie zur Verfügung hat, die für die eigenen Gewalttaten die Rechtfertigung bereithält." In dieser Ideologie sieht Mechtenberg "... die Grundlage einer fremdenfeindlichen Alternative zu einem Europa interkultureller Begegnung verschiedener Nationen. Wir tun gut daran, diese Alternative in ihrer Gefährlichkeit nicht zu unterschätzen."

II. Am Beispiel: Polen Ref.: Dr. Marek Prawda, Warschau/Köln

Den Umgang mit der Fremdheit am Beispiel Polens machte der Warschauer Soziologe Marek Prawda zum Thema. Ausgehend von der These, "...daß sich Gesellschaften voneinander durch die Reichweite der "Vertrautheit" und "Fremdheit" unterscheiden, die ihren Mitgliedern angeboten wird...", spricht Prawda von "offenen" und "geschlossenen" Gesellschaften. Polen müsse man in diesem System als eine geschlossene Gesellschaft bezeichnen. Die politische Wende des Jahres 1989 eröffnete zwar Chancen, die Vertrautheitssphäre zu erweitern und Fremd und Fremdes darin einzuschließen; der schnelle Wandel birgt aber auch die Gefahr von Identitätskrisen, Frustrationen und dem Wachsen alter und neuer Feindbilder. Beispiele und Ursachen dafür findet Prawda auf vier verschiedenen Ebenen.

1. Das Spannungsfeld zwischen politisch-ideologischer Homogenität und Pluralismus:

In der "Volksrepublik Polen" hatten die kommunistischen Machthaber ihre Position als Garant der neuen Grenzen Polens gerechtfertigt. Prawda betont die wichtige politische Funktion eines äußeren Feindes für die innere Stabilisierung des Landes.

Auch die in der Mehrzahl nichtkommunistische Bevölkerung war von dieser Kategorisierung des Fremden betroffen, der auf diese Weise zu einem "...unverzichtbaren, sinnstiftenden Element in dieser Welt..." wurde. Eine Folge davon war, daß in der Atmosphäre einer "belagerten Festung" die eigene Geschichte nicht in Frage gestellt, und der Umgang mit Fremden und Fremdem nicht störungsfrei eingeübt werden konnte.

Die Befreiung von diesem ideologischen Zwangskorsett durch die sich entwickelnde politische Opposition durchlief mehrere Phasen. Am Anfang standen Versuche, dem System und seinen Regierungseliten ein neues, kritisches Gesellschaftsbewußtsein entgegenzusetzen, das wiederum streng zwischen der Bevölkerung (wir) und den Machthabern (sie) trennte. Die Bildung der Gewerkschaft Solidarnosc war durch eine tatsächliche Solidarisierung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen (z. B. Arbeiter und Intellektueller) gekennzeichnet. Auch aus dem östlichen und westlichen Ausland kamen Zeichen der Solidarität, die das Stereotyp des feindlichen Fremden zusätzlich erschütterten. Die Erkenntnis, daß das politische System auch nach dem Kriege in einer tiefen Krise steckte, zwang die Regierung, am Ende der 80er Jahre zu mehr Kompromißbereitschaft gegenüber der Opposition und die Opposition zu einer Veränderung ihrer bisherigen Sichtweise: "Die Perspektive der Trennungslinie wurde durch die Perspektive der Verständigung ersetzt, der Staat sollte nicht mehr bekämpft, sondern verwandelt werden."

Nach den grundlegenden Veränderungen des Jahres 1989 wurde das politische Leben zunächst von Bürgerkomitees und "...quasigewerkschaftlichen Gruppierungen..." bestimmt, bald bildeten sich jedoch konkurrierende politische Parteien. In der neuen Offenheit konnten jetzt natürlich auch alte und neue Feindbilder propagiert werden. "Der



Dr. Marek Prawda, Warschau/Köln.

Umgang mit der Fremdheit wurde zu einem der entscheidenden Maßstäbe der politischen Entwicklung." Prawda verhehlte nicht, daß sich auch in Polen nationalistische Extremisten zu Wort melden. Den Weg ins polnische Parlament hätten sie allerdings nicht gefunden und die polnische Öffentlichkeit reagiere sensibel auf derartige Auswüchse. Wie sein Vorredner Theo Mechtenberg wies auch Prawda auf die engen Zusammenhänge mit dem gesamteuropäischen Einigungsprozeß und seinen Krisen hin: "Insofern sind die Krisenerscheinungen der liberalen Demokratie im Westen auch unser eigenes existenzielles Problem."

2. Ethnische Homogenität - ethnische Vielfalt:

Nach dem Krieg versuchten die Kommunisten ihre Macht damit zu rechtfertigen, daß es endlich gelungen sei, einen ethnisch einheitlichen Staat zu schaffen. Dabei hatte auch das Schlagwort von den "wiedergewonnenen urpolnischen Gebieten" seine Funktion. Die Existenz nationaler Minderheiten wurde oft geleugnet. "Das Festhalten am Mythos der ethnischen Homogenität hatte schwerwiegende Konsequenzen für den Umgang mit den Fremden im eigenen Lande." Das bekamen die Ukrainer, aber auch die Oberschlesier und Masuren zu spüren. "Man hat eine große Chance verpaßt, diesen Gruppen die Möglichkeit der Bewahrung ihrer Identität zu schaffen und sie zugleich in die Gesamtbevölkerung zu integrieren." Die Geschlossenheit der polnischen Gesellschaft machte einen selbstkritischen Blick auf die eigene Nation schwierig, wenn nicht unmöglich.

Die "...vaterländische Phrasendrescherei..." wurde nur von oppositionellen "Unruhestiftern" wie Jan Józef Lipski angeprangert, den man prompt als "Verräter am Polentum" brandmarkte. "Lipski ist es überzeugender als vielen anderen gelungen, die für den Umgang mit der Fremdheit fundamentalen Voraussetzungen zu demonstrieren: innere Souveränität und Perspektivenübernahme."

Mit einem Gesetz aus dem April 1989 wurden die Rechte ethnischer Minderheiten auf internationalen Standard gebracht. Die Minderheiten betätigen sich kulturell, pflegen ihre Muttersprachen, ihre nationale Identität und haben zum Teil politische Parteien gebildet. Die deutsche Minderheit hatte bis zu dessen Auflösung sieben Vertreter im polnischen Sejm. Von der jetzt neu eingeführten Fünf-Prozent-Hürde bei Parlamentswahlen sind sie befreit. Die im polnisch-deutschen Nachbarschaftsvertrag vereinbarten

Regelungen können also umgesetzt werden. Ein Recht darauf haben aber nicht nur die Deutschen in Polen, sondern auch die in der Bundesrepublik lebenden Polen.

3. Konfessionelle Homogenität - konfessionelle Vielfalt:

Die polnische katholische Kirche hat sich als Bewahrerin kultureller Werte und nationaler Identität gegenüber der Aggression von außen (Teilungszeit/deutsche Okkupation) sowie gegenüber dem kommunistischen Regime große Verdienste erworben. Eine Folge davon ist die enge Verknüpfung der Identität als Katholik mit der als Pole. Über 90 % der Bevölkerung Polens sind katholisch.

"Die Selbstverständlichkeit der katholischen Identität hat zur Folge, daß die Begegnung mit Menschen ... anderer Konfession ... nicht zur Alltagserfahrung gehört." Der Umgang mit konfessionellen Minderheiten mußte in den neuen demokratischen Verhältnissen erst erlernt werden, "...ein Lernprozeß für die katholische Hierarchie und für die Gläubigen."

Verdienste hat die polnische Kirche aber auch bei der Überwindung alter Feindschaften und Stereotype. Die Versöhnungsbotschaften der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder 1965 ist ein Beispiel dafür, die Proteste der Klubs Katholischer Intelligenz gegen die Beteiligung der kommunistischen Partei an einer antisemitischen Kampagne 1968 ein anderes. In Polen selbst, so betont Prawda, habe die Kirche "...einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Dialog geleistet..."

Ähnlich wie auf den zuvor besprochenen Ebenen verhinderte aber der äußere Druck, dem die Kirche durch den Staat ausgesetzt war, innerkirchliche Diskussionen. Kritik kannte man nur von außen, dementsprechend schwer fällt es heute, innerkirchliche Kritik als konstruktiv zu akzeptieren. Ob die Kirche, die manchmal "...von der Freiheit überfordert zu sein..." scheint, in Zukunft weiterhin eine Hilfe bei der Erweiterung der Vertrautheitssphäre sein kann, das hängt nach Prawdas Ansicht davon ab, inwieweit sie Tendenzen zu einer "Kirche des Monologs" nachgibt, oder ob sie sich bemüht, "Kirche des Dialogs" zu werden.

4. Kollektivismus - Individualismus:

Die letzte Ebene, die Marek Prawda auf die Reichweite von Fremdheit und Vertrautheit hin untersuchte, war die der persönlichen Erfahrung. Das Leben im sozialistisch regierten Polen war charakteristisch durch "...die Überbetonung des Kollektiven...", ein weiteres Merkmal einer geschlossenen Gesellschaft...". Gefördert wurden dadurch Tendenzen zur Selbstentmündigung. Eigenverantwortung und persönliches Versagen konnten "...auf die kollektive Instanz delegiert werden...". Während die Menschen früher gezwungen waren, quasi in einem Doppelleben offiziell und kollektiv zu funktionieren und Individualität auf das Privatleben zu reduzieren, ist das eigene Leben jetzt gestaltbarer und damit risikoreicher geworden. Die statische "Unveränderlichkeit" dieser Jahre, in denen Polen oft wie ein "Warteraum" empfunden wurde, ist abgelöst worden von einer sich ständig wandelnden, "...prinzipiell unfertigen Welt." Da wo sich die Menschen auf diese Veränderungen noch nicht oder nicht schnell genug eingestellt haben, kommt es zu "Neurosen der Wendezeit", bei jungen Menschen häufig zu "geistiger Obdachlosigkeit". Diese Schwierigkeiten versuchen populistische Politiker für sich auszunutzen, die einfache Lösungen für schwierige Probleme versprechen. "Die Angst vor den Fremden ist nur einer der Aspekte, die damit verbunden sind."

Marek Prawda glaubt, daß Pauschalurteile über einen gleichsam angeborenen Nationalismus nicht weiterhelfen. "Es ist eine verletzte Gesellschaft, die im Moment an ihrem prekären Selbstwertgefühl mühsam bastelt..." Der Referent riet vielmehr zu einem "...behutsamen Umgang mit allen verfügbaren sozialen Bindemitteln...", und dazu, sich auf "...produktive Ansatzpunkte zum Aufbau einer offenen Gesellschaft..." zu besinnen. Die bietet nicht zuletzt die eigene, polnische Geschichte.

Stephan Erb

Podiumsgespräch:

Nationalismus - Möglichkeiten und Instrumente zu seiner Überwindung

Unter diesem Motto stand das abschließende Podiumsgespräch, an dem unter der Gesprächsleitung von Gerhard Nitschke die sechs Hauptreferenten der Tagung, sowie Norbert Czerwinski als Vertreter des Jugendprogrammes, teilnahmen. In einer ersten Runde benannten sie die aus ihrer Sicht vordringlichsten Probleme ihres jeweiligen Landes. Jonas Kilius aus Wilna sah die größten Schwierigkeiten im Verhältnis zur polnischen Minderheit. Zwar sei die russische zahlenmäßig größer, aber sie lebe verstreut bzw. in den Städten, während die polnische in geschlossenen ländlichen Gebieten wohne und zudem gut organisiert sei. In Litauen gebe es erhebliche Zweifel an der Loyalität der Polen zum neuen litauischen Staat. Dies sei z. T. damit begründet, daß sie von der sowjetischen Führung bevorzugt wurden, und der Demokratisierungsprozeß in polnischen Gebieten erst später eingesetzt habe. Auf der anderen Seite sei auch eine Dämpfung der nationalen Euphorie bei den Litauern nötig, was sich aber im letzten Wahlergebnis schon angekündigt habe.

Dmytro Zlepko nannte die (Wieder-)Findung der Identität als vorrangigste Aufgabe für die Ukraine, was erschwert werde dadurch, daß es eine lange Zeit fehlender Staatlichkeit gibt und man jetzt plötzlich die fünf stärkste Atommacht der Erde sei. Die fehlende Tradition des einheitlichen

Staatswesens verstärkt auch die Zerteilung in Ostukraine und Westukraine. Jetzt gelte es eine Einheit unter Beachtung der beiden Pole Rußland im Osten und Polen im Westen zu finden. Ein Nationalstaat im klassischen Sinne sei unmöglich. Jan Sokol sah für Tschechen und Slowaken die größte Gefahr in einem Hang zum Isolationismus nach außen und zu Intoleranz gegenüber Randgruppen nach innen. Es gebe viele ängstliche Menschen und das sein niemals eine Basis für eine gute Zukunft. Gyula Jozsa mahnte einen europäischen Minderheitenschutz an, denn nur so sei der Zeitbombe zu begegnen, die gerade im osteuropäischen Raum tickt.

Theo Mechtenberg nannte vier Punkte: Erstens müsse das innerdeutsche Zusammenwachsen klappen, da sonst ein Defizit im Nationalbewußtsein droht. Zweitens müsse dringend der Status der in Deutschland lebenden Ausländer reformiert werden, da wir ein antiquiertes Ausländer- und Staatsbürgerrecht haben. Drittens forderte er eine stärkere Sensibilität für die Diskriminierung und Verschleierung in der Sprache. Als Beispiel nannte er den Begriff "ausländischer Mitbürger", der verschleierte, daß ihnen die Bürgerrechte vorenthalten werden.

Unzutreffend sei auch der Begriff "Wirtschaftsflüchtlinge", mit dem ja nicht diejenigen gemeint seien, die aus steuer-



Podiumsgespräch
von links nach rechts:

N. Czerwinski, Dr. D. Zlepko, Dr. G. Jozsa, G. Nitschke, Dr. J. Kilijus, J. Sokol, Dr. M. Prawda, Dr. T. Mechtenberg

lichen Gründen nach Monaco gehen, sondern diejenigen, die vor Hunger flüchten. Diese seien aber vielmehr Elendsflüchtlinge. Sprache erzeuge Stimmungen und sei deshalb in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Als vierten Punkt forderte er ein Konzept zur Zuwanderung, da der nun beschlossene Asylkompromiß unbefriedigend sei und auch endlich über Regelungen zur Einwanderung geredet werden müsse.

Marek Prawda führte aus, daß Polen zwar stolz darauf sei, nun "sicherer Drittstaat" zu sein, doch halte sich die Freude in Grenzen. In Polen sei immer argumentiert worden, daß die sich daraus ergebenden Lasten der Preis seien für den Weg nach Europa. Die Bevölkerung frage aber nun, ob Europa dies honoriere, z. B. durch eine Beschleunigung des Beginns der Beitrittsverhandlungen zur EG. Je stärker Westeuropa sich abschotte, desto stärker werde Polen zum Ziel von Zuwanderung. Die Polen müßten deshalb nun schnell lernen mit vielen Ausländern zu leben, was bisher eben nicht der Fall war. Eine Gefahr sieht er darin, daß diese Situation von Populisten politisch ausgenutzt wird.

In einer zweiten Runde ging es um bilaterale Möglichkeiten der Überwindung von Nationalismus. Sowohl der polnische wie der litauische Referent bezeichneten das zwischenstaatliche Verhältnis als zufriedenstellend, ein Vertrag stehe vor der Tür. Polen habe aber, so Marek Prawda, selbst einige Probleme mit der polnischen Minderheit in Litauen und einigen ihrer Forderungen. Ansonsten sei die Situation typisch für eine Minderheit, die ihre Identität nicht leben konnte und mit Überkonformisierung reagiert habe. Auch die religiösen Minderheiten in Polen seien z. B. dem Vorwurf mangelnder Loyalität ausgesetzt gewesen. Bei einer kürzlichen Umfrage in Polen habe Litauen im übrigen einen hohen Sympathiewert bekommen.

Parallelen gibt es auch zum ukrainisch-polnischen Verhältnis. Die besonderen Beziehungen der Westukraine zu Polen ergeben sich aus der gemeinsamen Geschichte. Viele Menschen verstünden Polnisch, so wie in der Ostukraine viele früher Russisch sprachen, auch wenn jetzt Ukrainisch gepflegt werde. Das Nachbarschaftsverhältnis zu Polen ist für die Westukraine ein besonderes, das zu Rußland für die Ostukraine. Polen liege in der Beliebtheitskala der Nachbarn an erster Stelle. Polen habe die Ukraine als erster Staat anerkannt und auch ansonsten gebe es weniger Reibungsflächen als mit Rußland. Gerhard Nitschke erinnerte in diesem Zusammenhang an den Konflikt zwischen der römisch-katholischen Kirche Polens und der griechisch-unierten der Ukraine, der sich kürzlich in Przemysl gezeigt habe. Theo Mechtenberg sieht in dieser

Verknüpfung von Konfession und Nationalismus einen grundlegenden Unterschied zwischen Osteuropa und dem Westen, wo es seit der Reformation eine andere Situation gebe. Deshalb sei es im Westen schwierig, diesen Konflikt richtig zu verstehen. Jetzt sei ein ökumenisches Konzept für Europa nötig. Die Aufgabe gerade der katholischen Kirche müsse es heute sein, den Nationalismus zu zügeln und das "katholon" das Allgemeine, Umfassende zu betonen, auch wenn es früher wichtig war, daß die Kirche das Nationale betont habe und so einen Beitrag zur Widerstandskultur und zur Verhinderung der Entfremdung der Menschen im Kommunismus geleistet habe. Wenn wir es jetzt nicht schaffen, den Nationalismus unter den Christen und interkonfessionell zu überwinden, hätten wir keinen Grund, anderen Nationalismus vorzuwerfen.

Zum Problem der Auslandsungarn merkte Jan Sokol an, daß die Ungarn in der Zeit der Tschechoslowakei als uneingeschränkt loyal galten und auch bis zuletzt gegen die Teilung waren, da sie gute Gründe hatten, den föderalen Staat einem slowakischen Nationalstaat vorzuziehen. Ihre Hauptsorge sei nun, daß "Blutpolitiker" beider Seiten die Bevölkerung als politische Waffe benutzen. Im Streit um die zweisprachigen Ortsschilder und um das Kraftwerk Gabčíkovo habe sich schon gezeigt, wie pragmatische Lösungen durch eine nationalistische Hochstilisierung erschwert wurden. Gyula Jozsa sieht im Vergleich dazu die Situation der etwa zwei Millionen Ungarn in Rumänien als erheblich schwieriger an. Der historisch mythisierende Nationalismus in Rumänien übe starken Assimilationsdruck aus. Dies treffe auch die katholische Kirche, da dies die Konfession der Ungarn sei. Der Papst sei bei seinem Besuch in Ungarn aufgefordert worden, dafür Sorge zu tragen, daß gerade in der rumänischen Bukowina ungarischsprachige Priester zur Verfügung gestellt werden sollten. Gerhard Nitschke erinnerte auch an ähnliche Beispiele in anderen Gebieten und meinte, daß es in Zukunft selbstverständlich sein sollte, daß jeder das Recht hat, einen Gottesdienst in seiner Muttersprache zu hören.

Damit war man auch bei der dritten Runde, in der es um multilaterale Möglichkeiten ging, besonders auf europäischer Ebene. Norbert Czerwinski äußerte Mißtrauen gegenüber dem Glauben, Nationalismus sei durch Verträge wirklich zu überwinden. Zwar seien sie wichtig, aber diese Überwindung müsse auch von unten wachsen. Dazu sei es nötig über Ängste und Bilder zu sprechen und Ursachen und Wirkungen nationalistischer Entwicklungen zu analysieren. Das gehe aber nur in einer dynamischen und dialogischen Atmosphäre. Theo Mechtenberg ergänzte, daß es nötig sei, vereinbarte Minderheitenstandards auch

in der Mentalität zu verankern. Allerdings sei dies nicht einfach. So habe es z. B. vierzig Jahre lang offiziell keine deutsche Minderheit in Polen gegeben. Nun verfüge diese über Vertreter im Parlament und eine gute organisatorische Basis. Daran müßten sich viele Polen erst gewöhnen. Er plädierte für Verständnis und Geduld und warnte davor, daß solche Probleme instrumentalisiert werden. Verträge basieren auf Vertrauen und wo kein Vertrauen ist, nutzt auch ein dumpfes Pochen auf Verträge nicht viel. Eine ständige Delegation gesellschaftlicher Probleme an die Politik beendet nicht die Notwendigkeit, diese Probleme auch innergesellschaftlich anzugehen. Norbert Czerwinski wies daraufhin, daß bei uns Europa oft instrumentalisiert werde und erinnerte daran, daß mit dem Hinweis auf eine europäische Harmonisierung zwar eine Änderung unseres Asylrechtes, nicht aber der Einwanderungsmöglichkeiten gefordert wurde. Manchmal versteckten sich Politiker auch hinter dem Wort Europa. Wo aber das Vertrauen und der Wille zur Konfliktlösung fehle, nutze auch eine Transferierung auf eine nächsthöhere Ebene nichts. Außerdem beklagte er eine westeuropäische Arroganz, von den östlichen Staaten die Gewährung von Minderheitenstandards als Eintrittskarte für Europa zu verlangen, selbst aber teilweise dahinter zurückzubleiben.

Er warnte vor einer Beschränkung auf Europa, die zur Abschottung führe und die außereuropäische Welt draußen lasse. Dmytro Zlepko zeigte auf, daß in der Ukraine der Europabegriff auch ideologisch-nationalistisch benutzt werde, um sich gegen Osten abzugrenzen. Da wird dann das gute Abendland, zu dem man gehöre, gegen Asien gestellt. Ähnliches finden wir in Polen. Was ist aber dann mit Rußland, wie weit geht Europa? Gerhard Nitschke meinte, es sei häufig zu beobachten, daß eine bislang geschlossene Gesellschaft in dem Moment, wo sie sich öffnet, neue Grenzen ziehe. Ehemalige "Armenhauszöglinge", so Jan Sokol, wollen nichts mehr mit dem zu tun haben, der noch ärmer ist. Gerade deshalb sei jetzt eine Förderung der osteuropäischen Zusammenarbeit wichtig, um Abschottungstendenzen entgegenzusteuern. Marek Prawda sprach sich zwar für diese Zusammenarbeit aus, sieht aber in der westeuropäischen Forderung, die östlichen Staaten mögen doch erst mal unter sich zusammenarbeiten, den Versuch, diese Staaten von der EG abzuhalten. Dagegen habe man nach 1975 zu Spanien, Portugal und Griechenland nicht gesagt, sie mögen doch in ihrer Nach-Diktatur-Phase erstmal eine südeuropäische Zusammenarbeit vereinbaren, sondern habe ihre EG-Mitgliedschaft gefördert.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum warnte ein Redner vor der Gefahr des russischen Imperialismus. Theo Mechtenberg entgegnete, daß es im Prozeß seit der Wende zwei Verlierernationen gebe: die Russen und die Serben. Beide waren sie bislang die Hegemonialmacht. Verglichen mit dem serbischen Chauvinismus ist es ein glücklicher Umstand, daß in Rußland ein aggressiver Nationalismus bisher nicht die Oberhand gewinnen

konnte. Er hält deshalb eine Charakterisierung der russischen Politik als imperialistisch gefährlich.

Weiter wurde festgehalten, daß es zur Erweiterung und Vertiefung der europäischen Einigung keine Alternative gibt. Die EG sei damals als westeuropäische Einheit gedacht gewesen, jetzt sei eine Neukonzeption der EG erforderlich. Föderalismus, Subsidiarität und kulturelle Vielfalt müssen dabei gültige Prinzipien sein. Marek Prawda beklagte eine Asymmetrie in der Behandlung der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Gruppen in der Bundesrepublik. Bisher haben sich Polen in Deutschland völlig assimiliert, darauf war die Gesetzgebung ausgerichtet, daran haben sich die Behörden gewöhnt und das erklärt auch den geringen Organisationsgrad der Polen bzw. polnischstämmigen Deutschen. Bei einer völligen Assimilation entstehen aber auch Probleme. Es gehe nicht darum, diese Menschen für Polen "zurückzugewinnen", sondern darum, Hilfe bei der Identitätsbildung und Emanzipation zu geben. Das sollte ein gemeinsames Anliegen sein. Leider fehle es gerade auf kommunaler Basis an Kooperationsbereitschaft der deutschen Behörden. Man sollte sich dem Problem nicht einfach mit dem Hinweis entledigen, daß es im juristischen Sinne keine Minderheit ist. Zum Umgang mit dem Fremden nannte Jan Sokol die Banane als Beispiel dafür, daß es auch Fremdes gebe, mit dem man keine Probleme hat. Entscheidend sei, wann das Fremde als Bedrohung angesehen wird. Um Angst vor etwas Fremdem zu überwinden, müsse z. B. Randgruppen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Vorzüge zu präsentieren. Als gelungenes Beispiel nannte er die Konzerte von Roma, die im Fernsehen übertragen wurden. Norbert Czerwinski betonte, daß zum aufrichtigen Umgang mit dem Fremden auch gehöre, zuzulassen, daß der Andere mir fremd ist. Er soll anders sein dürfen und man selbst auch. Der Fremde ist nicht deshalb gut, weil er fremd ist. Man müsse darüber reden, was Angst macht und unheimlich wirkt. Dies ist auch eine Frage der Identitätsbildung und Orientierung für junge Menschen. Ein solcher Austausch, eine solche Orientierung müsse plural sein und dialogisch vermittelt werden. Wenn man Nation als Bereich verdichteter Kommunikation begreife, müsse sich das Nationalbewußtsein daran messen lassen, welche Qualität diese Kommunikation hat, welche Gruppen welche Möglichkeiten haben, an einem solchen Austausch teilzuhaben. Viele Jugendliche, besonders ausländische, fühlten sich davon ausgeschlossen. Freiräume, die es auch ermöglichen, Grenzen auszutesten, würden vermißt.

Stephan Pfürner betonte, daß eine große Chance der Sinnorientierung darin bestehe, Nationale Identität und Minderheitenschutz als untrennbare Einheit zu verstehen. Hierbei seien gerade Christen aufgefordert mitzuwirken. Prälat Goedeke rief dazu auf, daß sich katholische Christen fragen, was kann ich dafür tun, daß Menschen bereit werden, sich vom anderen prägen zu lassen. Dies sollten wir als unsere Verantwortung begreifen.

Norbert Czerwinski



Podiumsgespräch.

Zum Jugendprogramm auf dem 47. Gementreffen 1993

Über das Jugendprogramm in Gemen wollte und sollte ich einen Artikel schreiben. Allerdings ist das für mich keine einfache Aufgabe: zum einen wegen meiner eigenen Perspektive - sei es, daß ich bei Veranstaltungen gar nicht dabei war, sei es, daß ich zu stark in die Entwicklungen involviert war - zum anderen wegen des Jugendprogramms selbst. Mir scheint, daß - was sich in den vergangenen Jahren schon abzeichnete - in diesem Jahr am deutlichsten zutage trat: man kann in Gemen kaum mehr von dem Jugendprogramm sprechen. Dies ist zunächst genauso wenig bedauerlich wie unbedingt erfolversprechend, geht dieser Verlust des einen Jugendprogramms doch aus einer größeren Differenzierung hervor: zum einen das traditionelle Programm II, das den jüngeren Jugendlichen eine für sie angemessene Auseinandersetzung mit dem Tagungsthema ermöglichen soll;

zum anderen die adalbertus-jugend allgemein, vor allem die Jahreshauptversammlung, die sich mit der politischen, verbandlichen und inhaltlichen Arbeit beschäftigt und somit über Gemen hinaus wirkt;

schließlich die Begegnung mit den Jugendlichen aus Polen, die ja nicht nur das Jugendprogramm, sondern die gesamte Tagung bereichert und zu einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen den Völkern beitragen soll.

Über alles gibt es Unterschiedliches zu berichten und zu bedenken zu geben, auch wenn es natürlich miteinander zusammenhängt. Wie aber hängen und bleiben die Ebenen schließlich zusammen? Die Frage nach der Einheit bei aller Differenzierung ist wohl die, die auf diesem Gementreffen auf allen Ebenen am deutlichsten im Mittelpunkt stand.

Im Programm II gestaltete die beiden ersten Arbeitseinheiten am Donnerstag Ursula Ordowski, um der Antwort auf die Frage näherzukommen: Was ist Nationalismus und wie hat er sich entwickelt? Die Nation, wie wir sie heute verstehen, hat sich im letzten Jahrhundert entwickelt als Gemeinschaft, die sich durch Sprache, Kultur, Lebensraum etc. zusammengehörig fühlte und somit einen Staat bildete. Die Zugehörigkeit zu dieser Nation war durch Kriterien wie Sprache, Staatsangehörigkeit etc. festgelegt, so daß sich eine ideologische Gemeinschaft bilden konnte, die nicht auf persönlicher Beziehung, sondern auf gemeinsamen Symbolen, Persönlichkeiten, Kommunikationsmitteln beruhte. Hieraus entstand der Nationalismus durch Propaganda von oben und Engagement des Volkes von unten, der eine klare Abgrenzung zu anderen Nationen vornahm. Diese Grenzen wurden für natürlich gehalten, obwohl eine konkrete Begründung Schwierigkeiten bereitete; etwa im Fall der Sprache war es erst die Druckkunst und die Verbreitung einheitlicher Kommunikationsmittel (innerhalb einer staatlichen Einheit), die einen homogenen Sprachraum möglich machten und die ineinander übergehenden Dialekte verdrängte. Ein weiteres Problem ergibt sich bei kleineren Volksgruppen und nationalen Minderheiten, die erst durch die Abgrenzungen entstanden und bis heute nicht zum Problem wurden. Reine Differenzierung, ein Nationalismus, der sich allein über die Abgrenzung definiert, ist tödlich. Eine kulturelle Integrität, die bereit ist, sich zu wandeln und von anderen Kulturen zu lernen, ist dagegen offen für Einheit.

Am Freitag morgen ging es dann mit Stephan Erb zum Nationalismus in Deutschland und in Polen, die Entwicklungen und die Symptome, in denen er sich äußert. Schließlich gestaltete Claudia Gawrich die Nachmittags-einheit, in der spielerisch versucht wurde, etwas vom Phänomen der Fremdenfeindlichkeit, aber auch des Reich-



Adalbertus-Jugend mit polnischen Gästen.

tums kultureller Eigenarten spürbar zu machen durch Rollenspiele und fiktive Zeitungsartikel.

Samstag früh waren dann die Jugendlichen zur Podiumsdiskussion eingeladen, die für die jüngeren wohl eine Überforderung darstellte, vielleicht aber auch zur Herausforderung werden konnte.

Soweit zum Inhaltlichen im Programm II. Die Jahreshauptversammlung der adalbertus-jugend, die sich Samstag Nachmittag anschloß, zeitigte zunächst eine etwas schwierige Situation: Claudia Gawrich und Adalbert Ordowski wollten aus verschiedenen Gründen aus ihrem Amt als Sprecher(in) ausscheiden; allerdings schien auch niemand als mögliche Nachfolger in Sicht. Schließlich ließ sich aber ein Kompromiß finden, der die Schwierigkeiten zunächst einmal abwendete. Dabei sollen sich Sprecher und Sprecherin in Zukunft mehr auf die politische Vertretung in der Aktion West-Ost, dem Dachverband, und die Formalitäten, wie Anträge und Abrechnungen, konzentrieren. Für die Fortsetzung der Begegnungsarbeit mit Polen bleiben vor allem die älteren Jugendlichen um Stephan Erb engagiert und verantwortlich. Was an weiterer Arbeit über das Jahr läuft, wird in die Hand der jüngeren Jugendlichen gelegt, insbesondere deren Vertreter im Sprecherteam. Diese sind nun Manuela Tucholski und der neugewählte Martin Czerwinski. Zu hoffen bleibt, daß sich diese Art der Differenzierung bewährt und dabei nicht die Einheit der adalbertus-jugend verloren geht.

Was die Begegnung mit unseren polnischen Partnern aus Danzig betrifft, die jetzt schon zum dritten Mal in Gemen stattfand, scheint sie mir insgesamt noch besser gelungen zu sein als in den beiden vergangenen Jahren. Dies liegt sicher daran, daß sich die Berührungssängste mehr und mehr gelegt haben, und vor allem die sprachlichen Barrieren dank der hervorragenden Deutschkenntnisse der Germanistik-Student(inn)en kaum mehr spürbar sind. So ergaben sich viele Gesprächsmöglichkeiten, sei es über das Thema oder auch einfache Lebensfragen. Freilich gibt es auch einige kritische Stimme, die vor allem bedauern, daß ein Teil unserer Gäste das religiöse Leben in Gemen wegen ihrer kritischen Einstellung gegenüber der Kirche

wegen ihrer kritischen Einstellung gegenüber der Kirche nicht teilen. Das mag schade sein; es mindert meines Erachtens aber nicht die Chancen, die sich in der Begegnung eröffnen. Gewiß, der Charakter von Gemen ändert sich dadurch vielleicht und jede Differenzierung birgt auch ihre Gefahren. Aber vielleicht sollten wir lieber, statt uns abzugrenzen, versuchen, etwas von dem deutlich zu ma-

chen, was uns daran liegt. Es ist, so glaube ich, eine Illusion, an eine "Gemen-Identität" zu glauben: Wenn wir nicht bereit sind, vielleicht auch fragwürdige Entwicklungen zu wagen, wird sich eine solche Idee, wie sie Gemen trägt, bald überleben.

Adalbert Ordowski

Festliche Stunde: Geistige Orientierungspunkte in einem künftigen Europa Ref.: Adam Krzemiński, Warschau

Die diesjährige Festliche Stunde beim Gementreffen wurde geprägt von einem Mann, der nun schon zum dritten Mal als Referent an einem Gementreffen teilnahm. 1990 war er der erste gewesen, der aus dem heutigen Polen zu uns gekommen war und das "Wagnis" einging, vor einer Vertriebenengemeinschaft zu sprechen. Der damals noch mit etwas Zaghaflichkeit auf beiden Seiten begonnene und dann im vorigen Jahr weitergeführte und vertiefte Dialog hat dazu geführt, daß Adam Krzemiński inzwischen ein überzeugter Freund und Partner unserer Arbeit geworden ist, der mit großer Bereitwilligkeit die Aufgabe als Festreferent angenommen hatte.

Nachdem zum Auftakt Musik von Telemann erklingen war - diesmal wieder "live" vorgetragen von Andrea Gawrich, Viola Nitschke und Irenäus Totzke - begrüßte Winfried Derow zunächst die Festversammlung und konnte aus einer Reihe von Grußbotschaften sowohl ein Telegramm unseres Apostolischen Visitators, Prälat Bieler, als auch ein längeres, ausführlich auf die Thematik des Treffens eingehendes Schreiben seines Vorgängers, Prälat Wothe, verlesen, das mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Dann ergriff Adam Krzemiński das Wort. In seiner Einleitung zum Thema umriß er zunächst die fast totale Orientierungslosigkeit in unserem "gerade aus den Fugen geratenen Kontinent" - "in einer Zeit, in der nicht nur die geistigen, sondern auch sicherheits- und machtpolitische, wirtschaftliche und soziale Orientierungspunkte ins Trudeln geraten sind." Er verwies auf die "Kulturrevolution" besonderer Art, durch die in ganz Europa die gleiche Reklame, die gleichen Bilder des Schreckens, die gleichen Formen der Meinungsbeeinflussung "durch die Glotzen flimmern". Und auch trotz mancher Bemühungen und Äußerungen innerhalb der Kirchen "sind wenig Ansätze dafür zu sehen, daß der Geist des aufgeklärten Christentums uns in dieser Zeit den Weg erleuchtet."

Wörtlich für den Referent dann fort:

"Das sind also heute unsere Orientierungspunkte - ein Chaos der Werte, schwärende Wunden ethnischer, sozialer und wirtschaftlicher Konflikte und zerbrochene Sicherheitsstrukturen. UNO, NATO, KSZE, diese ganze Abbeviatur reicht nicht, um den Krieg in Jugoslawien zu stoppen oder den Nordirlandkonflikt. Hans Magnus Enzensberger orakelt gar, wir befänden uns in einem globalen Bürgerkrieg. Ist das die obligate Endzeitstimmung vor der Jahrtausendwende?"

Doch nicht von den Weltkatastrophen möchte ich sprechen - nicht von der Ökologie, der Bevölkerungsexplosion, dem Nord-Süd-Konflikt und den möglichen Siegen und Verlierern, die der amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Paul Kennedy in seinem Buch, "In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert", für die nächsten Jahrzehnte ausgemacht haben will (obwohl er gerade uns Europäern im allgemeinen und sogar auch den Polen einige Chancen einräumt). Sondern von uns, die wir hier in Gemen versammelt sind:

von den Deutschen - und insbesondere den deutschen Danzigern -, von den Polen, die nach dem Krieg in die deutschen Häuser nicht nur in Danzig einzogen, von den Litauern, die sich in Wilna in polnischen Wohnungen häuslich niederließen, oder von den ukrainischen Bauern, die - wie mein Freund Bohdan Osadczuk sagt, ein Exil-Ukrainer, der heute Präsident Krawtschuk berät und seit Jahrzehnten für polnische Zeitschriften schreibt, - nach 1945 Lemberg für die Ukraine eroberten, indem sie die früher polnischen Häuser besetzten, bevor Stalin seinen üblichen "Bevölkerungstransfer" aus dem Innern des Imperiums mit den bekannten Folgen wie in Königsberg zustande bringen konnte. Ich möchte auch die Juden nicht vergessen, die - wie Milan Kundera 1983 schrieb - der Leim Mitteleuropas waren und auch heute noch für viele den Schlüssel etwa zur Kultur Galiziens in den Händen halten, dank Paul Celan, Rose Ausländer und vielen anderen. Ich werde nicht mehr von globalen Herausforderungen sprechen, sondern von unseren eigenen, denen der Vertriebenen und der Vertreiber, der "ethnisch Gesäuberten", durch neugezogene Grenzen Ausgesonderten und Verfeindeten, aber auch darüber, was einem gehört, obwohl er es verloren hatte, und wie er es zurückbekommen kann, wenn er es dem Nachfolger vermachte."

Adam Krzemiński sprach dann zunächst von seinen eigenen Erfahrungen, von seinen Wurzeln, die sowohl in Litauen und in der Ukraine, als auch in Warschau liegen und ihn so geistig mit der alten Rzeczpospolita Polens verbinden, ihn angesichts der heutigen Situation aber auch in Hinblick auf die zwei historischen Optionen - der piastischen und der jagiellonischen - in eine Konfliktlage bringen.

"Polen befindet sich in einer merkwürdigen Lage. Den Zweiten Weltkrieg brach Hitler vom Zaun, nachdem er eine Abmachung mit Stalin über eine erneute Teilung Polens getroffen hatte. Nach einem fünf Jahre währenden Gemetzel saß nun derselbe Stalin, der den Krieg mitverschuldet hatte, als Schiedsrichter am Konferenztisch und schnitt auf der Karte einen neuen polnischen Staat zu. Er wurde auch von den westlichen Demokratien in dieser Rolle anerkannt, selbst seine bereits 1939 eingeleiteten "ethnischen Säuberungen", die den Ostpolen galten, wurden nicht nur stillschweigend hingenommen, sondern zur Norm einer beispiellosen Aus- und Umsiedlungsaktion in Ostmitteleuropa erhoben. Die Deutschen wurden aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Danzig vertrieben, die Polen aus Wilna, Grodno und Lemberg. Alles im Namen einer friedlichen Neuordnung Europas. Die Mächtigen saßen am grünen Tisch und entschieden darüber, wer wo seine Heimat zugeteilt bekommt.

Im Falle Polens schien diese barbarische Methode zu funktionieren. Die in Teheran, Jalta und Potsdam angeordnete "Westverschiebung" war nicht nur eine geographische, sie bedeutete einen Bruch mit fast allen Koordinaten der polnischen Geschichte und Kultur. In den ehemals deutschen Häusern sind die Ostpolen, ob gewollt oder ungewollt, westlicher geworden. Die älteren unter ihnen

mögen immer noch von der Wilja oder dem Dnjestr träumen, trotzdem ist den meisten Westeuropa vertrauter als ihre verlorene angestammte Heimat. Das läßt sich auch an den polnischen Romanen und Reportagen ablesen."

... "Es gibt aber auch eine andere Seite dieser Medaille. Die Identitätsfindung dort, wo man nach einer Vertreibung angekommen ist. Die Entdeckung, daß man selber als Vertriebener Vertreiber ist. Vor wenigen Wochen lief in 3Sat ein Dokumentarfilm: Eine Israelin befragte ihren Vater, wie das mit der Staatsgründung 1948 und mit den Arabern gewesen sei, und der Vater sagte, es habe nur wenige gegeben, und den meisten habe man den Boden korrekt abgekauft. Als die junge Frau ihm dann arabische Überlebende vorführte, die erzählten, wie es tatsächlich gewesen war, schwieg der Vater betreten, und schließlich sagte er: "Mein Kind, aber wir mußten das tun nach dem Holocaust..." Wie ein Sieger sah er jedoch nicht aus. Ich erzähle Ihnen diese Geschichte, weil ich auf den für Vertriebene und Vertreiber, für Deutsche, Polen, Russen, Ukrainer oder Litauer in Ostmitteleuropa vielleicht entscheidenden Orientierungspunkt im künftigen Europa kommen möchte. Sicherlich: Es ist überlebenswichtig, ob wir die ökologische Katastrophe abwenden können, ob unsere Volkswirtschaften erfolgreich umgestellt werden, ob die sicherheitspolitischen Strukturen so gefestigt sein werden, daß der Westen nicht auf den Sheriff in Moskau schießen muß, damit er den "wilden Osten" hinter der Oder und Neiße - wie die "Süddeutsche Zeitung" unlängst schrieb - befriedet. Es gibt noch andere wichtige Punkte. Hier aber, wo einmal im Jahr die Danziger Fahne mit ihren zwei weißen Kreuzen und der Krone auf dem Turm weht, ist der wichtigste Orientierungspunkt der, inwiefern jeder von uns seine eigene nationale Geschichte, seine eigene familiäre Erfahrung und seine kulturelle Identität an der des anderen messen, sie vergleichen und relativieren kann. Und hier, scheint mir, haben Deutsche und Polen in den letzten zwanzig Jahren gute Arbeit geleistet. Es ist ein Paradox, aber in der Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte haben Deutsche und Polen Vorbildliches geleistet.

Das gilt vielleicht für keinen allzu großen Kreis, aber wenn man alle deutsch-polnischen Aktivitäten berücksichtigt - von der Botschaft der Bischöfe in den 60er Jahren über die hitzigen Debatten über die Ostverträge in Deutschland, die gemeinsame Schulbuchkommission, den Freundschaftsvertrag mitsamt der Entkrampfung des Problems der "deutschen Minderheit" in Schlesien bis hin zur Basisbewegung des Jugendwerkes und der deutsch-polnischen Gesellschaften -, dann kann man sagen, daß sich ein Netzwerk der Gemeinsamkeiten herausbildet, das viele der alten Spannungen abfedert und die alte "Erbfeindschaft" in ein im allgemeinen ruhiges Miteinander verwandelt. All das gibt es weiter im Osten noch lange nicht."

Die Gründe für diese Asymmetrie sieht Adam Kzemiński naheliegend in der unterschiedlichen Nachkriegsentwicklung, durch die sich trotz aller Schwierigkeiten Polen und Deutsche auf einander zubewegt haben, wobei insbesondere die "Ostpolen schnell die richtige Sprache zu den Deutschen aus dem Osten fanden". Östlich von Polen sei "die Lage unvergleichbar undurchsichtiger und mit gegenseitigen Komplexen beladen", in mancher Hinsicht ähnlich der zwischen Deutschen und Polen in den fünfziger, sechziger Jahren, in der man "einen merkwürdigen Kulturkampf führte und die Geschichte des eigenen Landes ausschließlich als Nationalgeschichte schrieb und das, was sich dort abspielte, entweder gänzlich polonisierte oder verschwieg". Gleiches geschieht heute in Wilna oder Lemberg, nur mit umgekehrten Vorzeichen.

"Dies beschränkt sich nicht nur auf polnisch-ukrainische oder polnisch-litauische Streitereien. Vor kurzem fand eine litauisch-weißrussisch-polnische Historikertagung statt, die beinahe geplatzt wäre, und nicht etwa wegen der Polen. Die Litauer und die Weißrussen gerieten sich darüber in die Wolle, wer denn nun der rechtmäßige Nachfolger des Großherzogtums Litauen sei. Beide haben gleich gute

Argumente, da dieses Großherzogtum sich nicht ethnisch verstand, sondern - ebenso wie die polnische Krone und die ganze Rzeczpospolita - keine Bluts-, sondern eine Wertegemeinschaft der politischen Nation, das heißt des Adels, war.

Und damit sind wir mittendrin in einem höchst aktuellen Streit, nicht nur irgendwo in Grodno sondern in ganz Europa, einer Auseinandersetzung darüber, welchen Stellenwert die Nationen haben werden, falls sich dieser Kontinent nicht nur politisch oder wirtschaftlich vereinigen soll. Ist die Geschichte nur eine Keule, mit der man den Konkurrenten aus dem Rennen werfen will - die Ungarn aus Siebenbürgen, die Polen aus Wilna, die Deutschen aus Schlesien - oder ist sie ein Bindeglied mit den anderen, das eine ständige Relativierung der eigenen Mythen und Selbstdarstellungen erforderlich macht.

Wie kann das aber vonstatten gehen, und gilt es tatsächlich uneingeschränkt? Solange die neuen Staatsnationen, und die Polen zähle ich jetzt zu den älteren, sich nicht voll etabliert fühlen, muß man ihnen viel Entgegenkommen bezeugen, auch wenn es immer wieder schmerzt, wenn die alt-neuen Nachbarn sich gerade durch die Verdrängung der gemeinsamen Kulturgeschichte selbst bestätigt sehen. Es braucht Zeit, bis die Newcomer innerlich so souverän sind, daß sie nicht nur aus einem einzigen Abwehrmechanismus bestehen, sich selbst bemitleiden oder als ewige Opfer verklären, sondern auch den anderen in sich selbst sehen. So wie die Geschichte abläuft, sind die Rollenzuteilungen selten so schön Schwarz-Weiß, wie es die Nationalgeschichtsschreiber darstellen."

Auf dem Weg dahin ist sicher die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Kultur notwendig und hilfreich, um die der anderen zu entdecken und schätzen zu lernen. Manchmal könne man hier im Westen hören: "Eigentlich müßte von Euch im Osten ein Funke zu uns überspringen; wenn dieses Europa eine neue Renaissance in der Kultur erleben und nicht in einer amerikanierten Massenkultur ersticken soll, dann kann das eben von Euch im Osten ausgehen". Tatsächlich sind die Werte und Erfahrungen ungeheuer vielfältig, die jedes der östlichen Länder in ein neues Europa einzubringen vermag. Doch sei es wichtig, daß man von Rollenzuteilungen und Ranglisten für Länder und Kulturen abkomme. Dieses Denken habe sich tief eingepreßt und entspringe höchstwahrscheinlich einer inneren Unsicherheit. "Es gibt Völker, die sich kaum um ihr Bild im Ausland scheren, dafür mehr Energie daran setzen, den Zustand ihrer Gesellschaft zu verbessern bzw. mit sich selbst ins Reine zu kommen".



Am Schluß seiner Ausführungen kam Adam Kzemiński dann auf das wohl in diesem Zusammenhang wichtigste Phänomen zu sprechen, den Umgang mit dem "gebrochenen Selbstwertgefühl", dargestellt am Beispiel Russland. Er führte hierzu aus: "Wir alle in Europa sind heute Augenzeugen nicht nur eines politischen, militärischen oder moralischen Kollapses der Sowjetunion. Wir sind auch Zeugen eines tiefen psychologischen Schocks der Russen, die mit ihrem Abstieg von der Rolle eines Hegemonen in Osteuropa und der einer Supermacht fertig werden müssen. Andere haben dasselbe vor hundert oder noch mehr Jahren durchmachen müssen. Die Polen wurden vor genau 200 Jahren durch die Teilungen und die Auslöschung der res publica in ihrem Selbstwertgefühl getroffen. Die Deutschen - nach dem ersten und zweiten Weltkrieg, die Franzosen - 1940, die Engländer - in den 60er Jahren, als ihr Imperium in die Dekolonisierung entlassen wurde. Der psychologische Knacks bei den Russen scheint heute gravierender zu sein als alles andere. Ich brauche hier gar nicht faschistoide Monarchisten oder etwa auch Solschenizyn zu zitieren, die großrussisch-imperial denken. Vor wenigen Monaten traf ich Lew Kopelew - einen unbestreitbar liberal denkenden und mutigen Mann, der sich wie sonst nur wenige für eine Verständigung zwischen Russen und Deutschen, aber auch Russen und Polen eingesetzt hat. "Auch ich kann nur schwer verkraften", sagte er damals, "daß die Ukraine für Rußland 'Ausland' sein soll, das tut weh..." Ich habe aber auch Russen in der Ukraine getroffen, die trotz ihrer russischen Herkunft ganz offen sagten, daß sie Ukrainer werden wollen, auch um die historische Schmach des Verlierers nicht mit sich herum-schleppen zu müssen.

Und das ist der Punkt. Wie können wir mit der Frustration, dem gebrochenen Selbstwertgefühl, aber auch dem Schmerz eines anderen nach einer Amputation umgehen? Der Mensch ist selten altruistisch. Man kann auch manchmal hören, es sei nur gerecht, daß es ihnen - den Russen, Polen, Deutschen, je nachdem - so dreckig gehe in Anbetracht der Pein, die sie uns vor fünf, fünfzig oder fünfhundert Jahren zufügten. Dieser Mechanismus funktioniert wir sehen es in Jugoslawien. Er ermöglicht es psychologisch, sich auf Kosten des Anderen aufzurichten, wenn auch nur scheinbar. "Eine Polin und hat noch Wünsche", sagte in Görlitz eine Verkäuferin im Kaufhaus, als sie darauf hingewiesen wurde, daß der von ihr berechnete

Preis nicht mit dem ausgezeichneten übereinstimme. "Was wollen Sie eigentlich, bei Ihnen drüben geht es doch überall schlampig zu". Das ist ein altes psychologisches Gesetz, je schwächer und unsicherer sich einer fühlt, desto verbiesteter wird er sich am noch schwächeren aufbauen wollen. Und es genügt nicht, mit rationalen Argumenten über die Zweischneidigkeit derartiger Methoden zu kommen. Ebenso unnütz ist es, immer wieder zu beschwören, wir säßen alle im selben Boot und keiner könne sich den globalen Herausforderungen im Alleingang stellen. Wir bekommen es ständig gesagt, und dennoch gleiten wir in ein Zeitalter eines "neuen Egoismus" ab.

Daher kommt man unweigerlich immer wieder auf die biblische oder kantianische Maxime zurück: Tue dem anderen nicht an, was du selbst nicht erleiden möchtest, oder handle so, daß dein Handeln eine Allgemeinnorm sein könnte. Doch ich weiß auch, daß diese alte Regel in der Praxis nur bei wenigen Gehör findet. Weder den Kirchen noch den Aufklärern, weder den Linken noch den Rechten kann man en bloc zutrauen, daß sie dies für eine Selbstverständlichkeit halten. Da muß sich nur jeder - Pole, Deutscher, Russe, Ukrainer oder Litauer - die Verhaltensweise seiner eigenen Kirchenmänner anschauen, wieviel verbissener Nationalismus in ihnen zuweilen steckt, wieviel leichte Verteufelung der anderen und wieviel Selbstheroisierung. Dasselbe gilt für die Lehrer, Historiker, Literaten usw. Wie sehr neigen wir alle, das heißt jeder für sich, dazu, die eigenen Klischees zu verewigen, die eigenen Wahrheiten für unumstößlich zu halten und die des anderen zu übersehen. Es ist an der Zeit, sich mehr für die anderen als für sich selbst zu interessieren, es ist an der Zeit, die anderen und ihre Kulturen ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen. Man verliert dabei wenig, man kann nur gewinnen. In der Psychologie gilt ein therapeutisches Prinzip, loslassen, um es zu behalten. Wer seine Verkrampfung überwindet und sich selbst nicht als Nabel der Welt betrachtet, gewinnt mit Sicherheit - Freunde oder zumindest Partner. Das ist zwar kein Zauberspruch für alle, aber eine garnicht so kleine Handvoll wahrer Europäer praktiziert dies schon längst. Und es ist ein Trost zu wissen, daß einige Vertreter dieser Spezies sich schon seit langem Jahr für Jahr auf dieser Burg Gemen versammeln. Ich danke Ihnen."

Gerhard Nitschke

48. Gementreffen: 27. Juli bis 1. August 1994

AUFRUF ZU EINER SONDERSPENDE

Druck und Versand dieser Gemen-Sonderausgabe müssen von Adalbertus-Werk und Adalbertus-Jugend selbst finanziert werden. Da wir in diesem Jahr zur Finanzierung des Gementreffens keinerlei öffentliche Zuschüsse erhalten haben, sind die Mittel unserer Gemeinschaften nach Ausgleich der Rechnungen für das Treffen fast völlig erschöpft. Der gemeinsame Arbeitskreis der beiden Gemeinschaften war dennoch der Auffassung, daß die Ergebnisse des Treffens der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden dürfen. Diese Gemen-Sonderausgabe wird daher zunächst aus privaten Mitteln der Mitglieder des Arbeitskreises vorfinanziert. Wir bitten jedoch die Leser sehr herzlich, durch eine Sonderspende unter dem Kennwort "Gemen" auf das nachstehend angegebene Konto des Adalbertus-Werkes uns bei der Finanzierung zu helfen. Spendenquittungen können selbstverständlich ausgestellt werden.

Wir sagen im Voraus herzlichen Dank!

Konto: Postgirokonto ESSEN 151966-435 BLZ 36010043

Adalbertus-Werk und Adalbertus-Jugend

IMPRESSUM

-47. Gementreffen 1993- Tagungsbericht

herausgegeben von:

adalbertus-werk e.v. und adalbertus-jugend, Hubertusstraße 5, 40219 Düsseldorf,

Redaktion: Gerhard Nitschke, Düsseldorf; Gesamtherstellung: Druckerei Stelter KG, Bremen